

Zusammen ist unsere Stärke.

*Beschlusspapier der SPD-Bundestagsfraktion –
zur Jahresauftaktklausur im Januar 2026*

Die Kraft von Zusammenhalt ist überall spürbar. In der Familie, bei der Pflege von Angehörigen oder im Ehrenamt werden wir daran erinnert, welchen Unterschied Zusammenhalt macht. Aber unser aller Zusammenhalt als Gesellschaft wird immer mehr herausgefordert, von innen und von außen. Wir haben als Gesellschaft schon so viel zusammen erreicht und dürfen uns jetzt nicht auseinandertreiben lassen. In der SPD-Bundestagsfraktion sind wir überzeugt: Nur zusammen können wir uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen.

„Zusammen ist unsere Stärke“ ist deshalb die Grundhaltung, mit der wir unsere sozialdemokratische Politik im Parlament angehen werden und aus der sich die Vorhaben ableiten, mit denen wir Wirtschaft und Gesellschaft wieder voranbringen und zusammenführen möchten. Das ist unsere Antwort auf Spaltung, Ich-zuerst-Gehabe und das Recht des Stärkeren. Wir kämpfen für unsere Demokratie und gegen alle, die sie angreifen.

Zusammen ist unsere Stärke, das gilt für uns als Fraktion. Und es leitet uns dabei, wie wir gemeinsam Wohlstand erwirtschaften, unseren Sozialstaat besser machen und unsere Werte und unsere Lebensweise nach innen und außen schützen.

SPD

**Fraktion im
Bundestag**

Eine Volkswirtschaft, die den Namen verdient

Mit unserer Wirtschaftskraft, dem Fleiß, dem Wissen und dem Kapital, das seit Generationen in unserem Land weitergetragen wird, haben wir es in der Hand, Wohlstand für alle zu schaffen. Die soziale Marktwirtschaft hat uns an die Spitze der Weltwirtschaft geführt. Wir glauben, dass in Zeiten von Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, einer sich immer rasanter beschleunigenden Konzentrierung von Geld und Macht eine neue und wirkliche soziale Marktwirtschaft relevanter ist denn je.

Das starke Auseinanderdriften von Vermögen gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt, denn Aufstiegschancen und Lebensmöglichkeiten hängen unmittelbar von der eigenen Vermögenssituation ab. Wir wollen gemeinsam Wohlstand erwirtschaften und diesen über Generationen für uns als Gesellschaft mehren. Zusammen ist unsere Stärke, deswegen denken wir dabei solidarisch: in Generationen, in Ost und West, in Arm und Reich, in Stadt und Land. Strukturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gilt es weiter abzubauen, weil davon alle Menschen profitieren. Erbschaften sind hier ein wichtiger Faktor. Deshalb reformieren wir die Erbschaftsteuer. Es ist für uns selbstverständlich, dass das Wohnhaus von Oma steuerfrei geerbt werden kann, aber für drei Villen Erbschaftsteuer anfällt. Außerdem wollen wir eine Erbschaftsteuer, die es ermöglicht, Betriebe gut weiterzuführen und Arbeitsplätze langfristig zu erhalten. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass Milliardenvermögen nicht der Steuer entzogen werden.

Arbeit muss ein auskömmliches und würdevolles Leben ermöglichen. In diesem Sinne reformieren wir die Einkommensteuer, damit kleine und mittlere Einkommen entlastet werden. Dieses im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben wollen wir im Jahr 2026 angehen. Es ist nur fair, wenn diejenigen, die sehr viel verdienen und sehr viel haben, stärker besteuert werden, um diese Steuersenkung zu finanzieren. So schaffen wir Zusammenhalt durch Leistungsgerechtigkeit.

Mit dem gleichen Anspruch reformieren wir den Zoll, damit er noch effektiver gegen Steuerbetrug und Geldwäsche vorgehen kann. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass uns als Gesellschaft jährlich viele Milliarden Euro vorenthalten werden. Das ist ungerecht für all diejenigen, die ehrlich arbeiten und Steuern zahlen.

Um Arbeitsplätze zu sichern, neue zu schaffen und um unseren Spitzenplatz in der Weltwirtschaft zu behaupten, brauchen wir neben dem 500-Milliarden-Sondervermögen eine aktivere und zukunftsorientierte Wirtschafts- und Industriepolitik. Wir müssen unsere Industrie zukunftsfähig aufstellen und den Standort Deutschland für neue innovative Unternehmen interessant machen. Wirtschaftliche Stärke und gut bezahlte, sichere Arbeitsplätze entstehen nicht durch sozialen Rückbau, sondern durch höhere Produktivität. Deshalb setzen wir auf gezielte Investitionen in Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und neue Technologien, die Arbeit erleichtern, Prozesse effizienter machen und neue Wertschöpfung schaffen. Forschung, Daten und Innovationen müssen schneller in die Anwendung kommen, insbesondere im industriellen Mittelstand. Daher setzen wir auf eine KI-Offensive für den Mittelstand, die unter anderem einen staatlich finanzierten KI-Gutschein umfassen kann. Die-

ser Gutschein soll es mittelständischen Unternehmen ermöglichen, KI-Lösungen bei europäischen Anbietern zu erwerben und so die Digitalisierung und Produktivität in ihren Betrieben voranzutreiben. So sichern wir gute Arbeit, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand in einer sich rasant wandelnden Welt. Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, neue Schlüsseltechnologien und den besseren Schutz unserer kritischen Infrastruktur begreifen wir als sozialdemokratisches Zukunftsprojekt. Erfolgversprechend sind Innovationen und der gezielte Aufbau von Technologieführerschaften im Rahmen einer wertebasierten sozialen Marktwirtschaft.

Innovation braucht neue Unternehmen. Deshalb setzen wir auf eine neue Gründungsstrategie. Das Gründen muss schneller und unkomplizierter werden. Wir müssen den Zugang zu Wagniskapital für junge Unternehmen verbessern, etwa über ergänzende staatliche Absicherungsinstrumente. Wir bringen den Deutschlandfonds schnell auf den Weg, der hier ein neues Angebot schafft.

Im Wettbewerb um Innovationen geht es nicht ohne gute und breite Bildung. Damit es mehr Chancengleichheit im Bildungssystem gibt, sollen das BAföG auf 563 Euro und die Wohnpauschale auf 440 Euro deutlich angehoben werden. Der Zugang zu diesen Leistungen wird zudem insgesamt erleichtert.

Um auch als Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähig zu bleiben, sind günstigere Energiepreise essenziell. Deswegen ist es wichtig, dass der beschlossene Industriestrompreis und die Ausweitung der Strompreiskompensation zeitnah kommen. Damit die Stromkosten langfristig und nachhaltig sinken, werden wir bei der Energiewende weiter Tempo machen und den Aus- und Umbau des Stromnetzes unter Einbindung von Speichern und Flexibilitäten vorantreiben. Zusätzlich setzen wir Impulse für den Umstieg auf die Elektromobilität – gerade für kleinere und mittlere Einkommen. Mit dem neuen Förderprogramm für klimafreundliche Autos wollen wir in den kommenden Jahren 500.000 bis 600.000 Haushalte beim Kauf eines solchen Fahrzeugs unterstützen.

Deutschlands Wirtschaft braucht Zuwanderung. Der Fachkräftemangel stellt schon jetzt viele Unternehmen vor große Herausforderungen. Auch deswegen wollen wir für alle Menschen, die hier arbeiten oder ausgebildet werden und gut integriert sind, ein Bleiberecht.

Mit einer Reform der Schuldenbremse wollen wir sicherstellen, dass es in Deutschland nie wieder zu einem Investitionsstau kommt. So haben wir es im Koalitionsvertrag angelegt und daran werden wir das Ergebnis der Expertenkommission zur Schuldenregel messen. Wir wollen den nächsten Generationen ein modernes und funktionierendes Land hinterlassen.

Ein menschlicher Sozialstaat, in den man vertraut

Politik muss eine unmittelbare positive Veränderung in den Lebenswelten vor Ort schaffen. Wir werden mutig sein bei der Modernisierung von Staat und Verwaltung, bei der Senkung von Bürokratiekosten und bei digitalen Angeboten. Die Verlässlichkeit und das bürgerorientierte Handeln der öffentlichen Verwaltung sind wichtige Voraussetzungen für die Akzeptanz unseres politischen

Systems. Das passiert insbesondere vor Ort in den Kommunen, denn starke Kommunen sind das Herz unserer Demokratie. Dort erfahren wir, ob Staat und Politik funktionieren – im Bürgeramt, in Kita und Schule, im Verkehr und im öffentlichen Raum, in der Kultur und im Vereinsleben. Deshalb machen wir 2026 zu einem Jahr der Kommunen.

Die 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen für die Länder und Kommunen sind auch deshalb so wichtig, weil sie das Leben der Menschen vor Ort unmittelbar verbessern. Zusätzlich verdoppeln wir in dieser Legislaturperiode die Städtebauförderung auf 1,58 Milliarden Euro jährlich und investieren in den kommenden drei Jahren über das Sportstättenprogramm 1,25 Milliarden Euro in unsere Sportplätze und Schwimmbäder und sorgen auch dafür, dass ehrenamtliches Engagement noch mehr Freude und Anerkennung erfährt. Damit wir in lebenswerte Innenstädte investieren können, müssen alte Strukturen angepasst werden.

Die finanzielle Lage vieler Kommunen ist jedoch eine ernsthafte Herausforderung von nie dagewesenem Ausmaß. Daher braucht es eine schnelle und echte Sanierung. Wir wollen gemeinsam mit den Bundesländern die Finanzsituation der Kommunen nachhaltig verbessern. In einem ersten Schritt werden wir mit einem Zukunftspakt die kommunalen Finanzen stabilisieren und uns darüber hinaus für eine faire Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einsetzen.

Vor Ort bedeutet aber vor allem eins: zu Hause. Nirgendwo sonst wird die Auswirkung von Politik so spürbar. Nur im Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Vermieterinnen und Vermietern sowie Mieterinnen und Mietern können wir Wohnen wieder bezahlbar und attraktiv machen. Auch hier gilt: Zusammen ist unsere Stärke. Daher werden wir weiter daran arbeiten, dass mehr Wohnraum gebaut wird. Die Situation in Städten mit angespannten Mietmärkten werden wir durch ein größeres Wohnraumangebot verbessern. Dafür leisten wir Rekordinvestitionen in den sozialen Wohnungsbau, vereinfachen unsere Neubauförderung, haben im Dezember 2025 die Förderung von effizientem und klimafreundlichem Neubau in Höhe von 800 Millionen Euro an den Start gebracht und helfen mehr Menschen dabei, den Wunsch nach Wohneigentum zu verwirklichen.

Daneben sorgen wir insgesamt dafür, dass Bauen einfacher, schneller und günstiger wird. Der Bau-Turbo wird dieses Jahr seine Wirkung entfalten. Zusätzlich reformieren wir das Baugesetzbuch, um Herausforderungen vor Ort besser lösen zu können. Insbesondere stärken wir die Durchgriffsrechte der Kommunen gegen Schrottimmobilien, damit die Kommunen als Eigentümer die Immobilien entwickeln oder abreißen können. Zusätzlich prüfen wir gemeinsam mit den Kommunen, wie sie mehr Bauland ausweisen können, um Grundstückspreise und damit Baukosten zu senken.

Bis sich der Wohnungsmarkt durch diese Maßnahmen langfristig entspannt, werden wir den Schutz der Mieterinnen und Mieter weiter stärken. Wir begrenzen überhöhte Indexmieten und schließen konsequent Schlupflöcher der Mietprelsbremse bei Kurzzeitmietverträgen sowie möbliertem Wohnen. So schaffen wir ein Perspektive und Sicherheit für Millionen Mieterinnen und Mieter.

Voraussetzung für Vertrauen in den Staat ist aber auch eine zeitgemäße, gut funktionierende Verwaltung. Ihre

Leistungsfähigkeit muss sich tagtäglich beweisen. Deshalb packen wir es an und gehen noch in dieser Legislaturperiode die ersten Schritte hin zu einer zentralen Anlaufstelle für alle Sozialleistungen. Dokumente und Anträge werden zentral bearbeitet, digitalisiert und über alle Behörden hinweg koordiniert. Wenn zum Beispiel ein Kind geboren wird, wird der Staat nicht warten, bis ein Antrag gestellt wird – er wird von selbst da sein. Kindergeld, Unterstützung, Informationen: automatisch, ohne Hürden, ohne Stress. Mit digitalen Zugängen, dem Once-Only-Prinzip und aufsuchender Beratung machen wir den Alltag der Menschen spürbar leichter.

Spürbar wird Politik vor allem auch dann, wenn man selbst oder nahestehende Menschen Unterstützung brauchen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, für Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung Sicherheit, Barrierefreiheit und passende Hilfen zu gewährleisten. Unser Gesundheits- und unser Pflegesystem lassen uns unmittelbar erfahren, was einen Sozialstaat ausmacht. Zusammen ist unsere Stärke, das zeigt sich besonders darin, wie wir Menschen helfen, die sich bei Krankheit, in der Pflege und in der Familie umeinander kümmern.

Wir begegnen den Herausforderungen im Gesundheitssystem nicht mit Leistungskürzungen, sondern mit grundlegenden Strukturreformen im Sinne der Patientinnen und Patienten. Unsere großen Reformprojekte – etwa Notfallreform, Krankenhausreform, Apothekenreform oder die Stärkung der ambulanten Versorgung – greifen bewusst ineinander. Sie schaffen Ordnung, Verlässlichkeit und bessere Abläufe, damit medizinische Versorgung dort funktioniert, wo sie im Alltag wirklich gebraucht wird. Weniger Bürokratie, klare Zuständigkeiten, verlässliche Termine: Wir bauen ein Gesundheitssystem, das Orientierung gibt, statt zu überfordern.

Was im Gesundheitswesen gilt, gilt ebenso für die Pflege: Auch hier müssen Strukturen spürbar einfacher gestaltet und nah an den Lebenswirklichkeiten angelehnt sein. Denn Pflege findet zu Hause statt, im Quartier, in Familien und Nachbarschaften. Deshalb nehmen wir nicht nur die Pflegebedürftigen in den Blick, sondern auch diejenigen, die täglich pflegen: Angehörige, Ehrenamtliche, professionelle Dienste. Auf Basis der Ergebnisse der Bundesländer-Arbeitsgruppe „Zukunftspakt Pflege“ bereiten wir eine große Reform vor, die echte Entlastung schafft, Unterstützung im Wohnumfeld stärkt und den Zugang zu Leistungen vereinfacht. Um die Pflege finanziell zu stärken, führen wir die private und gesetzliche Pflegeversicherung zu einem gemeinsamen System zusammen und stellen damit die Finanzierung solidarischer auf.

Mehr Solidarität verdienen auch junge Familien, die in der Rushour des Lebens besonders unter Druck stehen: Berufseinstieg oder berufliche Weiterbildung, Familiengründung, Sorgearbeit – alles trifft auf einander, häufig verbunden mit hoher zeitlicher und organisatorischer Doppelbelastung. Umso mehr sind Eltern auf verlässliche, gut erreichbare und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung angewiesen. Auch für Familien gilt daher: Ein moderner Sozialstaat muss im Alltag spürbar unterstützen. Gute Kitas, verlässliche Betreuung und hochwertige frühe Bildung sind keine „nice to have“-Leistungen, sondern Voraussetzung für gleiche Chancen für jedes Kind und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb investieren wir konsequent in den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung und in die Qualitätssteigerung in den Kitas.

Eine Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt, sicher und selbstbestimmt zusammen mehr erreichen können

Eine besondere Rolle kommt der Stärkung von Frauen zu. Gewalt gegen Frauen beginnt im Alltag – mit herabsetzenden Sprüchen, Grenzverletzungen und digitaler Belästigung – und führt leider viel zu häufig zum Tod. Wir wollen hierfür neue Regelungen und Straftatbestände einführen. Auch der Femizid, die Ermordung von Frauen wegen ihres Geschlechts, ist ein besonders schweres Unrecht, das sichtbar gemacht und konsequent verfolgt werden muss.

Dass Unrecht als solches benannt, direkt und entschlossen verfolgt und geahndet wird, ist für das Vertrauen in den funktionierenden Rechtsstaat essenziell. Damit Recht schneller und konsequenter umgesetzt wird, brauchen wir eine schnellere und wirkungsvollere Rechtsdurchsetzung. Das schaffen wir durch gut ausgestattete Ermittlungsbehörden, mehr Personal und eine bessere Digitalisierung der Justiz. Mit dem „Pakt für den Rechtsstaat“ investieren wir gemeinsam mit den Ländern in die Leistungsfähigkeit unseres Rechtsstaates. Durch eine Justizcloud, den Einsatz von KI und digitalen Verfahrensplattformen statt klassischer Papierakten werden Online-Verfahren ermöglicht und beschleunigt. 2.000 neue Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Richterinnen und Richter sind ein erheblicher Sprung und schaffen die nötige Leistungsfähigkeit, damit Taten schneller aufgeklärt, Täter verurteilt und Opfer in ihrem Recht auf Schutz, Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben gestärkt werden. Die größte Gefahr für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat ist der Rechtsextremismus. Deswegen gehen wir gegen diesen und alle anderen Angriffe von innen und außen mit allen Mitteln, die wir haben, konsequent vor.

Eine internationale Ordnung, die uns Sicherheit und Freiheit ermöglicht

Geopolitisch erleben wir eine Epochenwende. Russland führt weiterhin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine und hat sich in offener Feindseligkeit zu Europa positioniert. Zudem überzieht das Putin-Regime bereits jetzt ganz Europa verstärkt mit hybriden Attacken.

Die Trump-Administration bricht mit dem Vorgehen in Venezuela das Völkerrecht und macht mit der nationalen Sicherheitsstrategie deutlich, dass sie sich weiter vom liberalen Europa abwendet und wir uns auf die Schutz-

macht USA nicht mehr uneingeschränkt verlassen können. Dies zeigt sich auch durch die unverhohlenen Drohungen gegenüber Grönland. Hier werden die völkerrechtlich maßgeblichen Prinzipien des Gewaltverbots, der Selbstbestimmung der Völker und der Wahrung der staatlichen Souveränität fundamental in Frage gestellt. So rütteln die USA nicht nur an den grundlegenden Regeln der internationalen Ordnung, sondern ziehen auch ihre Rolle als größter und wichtigster Partner im für die europäische Sicherheit zentralen Bündnis in Zweifel. Diese Lage erfordert eine strategische Neuausrichtung mit klarem Wertekompass. In dieser zunehmend multipolaren Welt zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass „Zusammen ist unsere Stärke“ auch für Europa gilt. Damit die Europäische Union wieder als handlungsfähiger Akteur auf die internationale Bühne tritt und die politische Blockade des Rates überwunden wird, sollten wir die Mitgliedstaaten, die vorangehen wollen, befähigen, politische Vorhaben gemeinsam umzusetzen. Die Regelungen des EU-Vertrags bieten dafür ausreichend Möglichkeiten.

Ein starkes, souveränes und zusammenhaltendes Europa ist genauso unverzichtbar wie unser internationales Engagement für multilaterale Institutionen, für Menschenrechte, für das Völkerrecht, für nachhaltige Entwicklung und für strategische Partnerschaften mit dem Globalen Süden auf Augenhöhe. Damit der Dreiklang aus Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik wirksam umgesetzt werden kann, bedarf es auch einer ausreichend finanzierten Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe. Grundlage unseres Handelns ist eine regelbasierte internationale Ordnung unter dem Dach der Vereinten Nationen.

Weil Freiheit auch Sicherheit braucht, investieren wir massiv in die Ausstattung unserer Bundeswehr und sorgen mit der Einführung eines neuen Wehrdienstes dafür, dass sie auch personell deutlich wächst, um unsere NATO-Verpflichtungen erfüllen zu können. Parallel dazu bauen wir unsere Unterstützung für die Ukraine weiter aus – militärisch, finanziell, diplomatisch und humanitär. Denn wir wissen: Die Ukraine verteidigt auch unsere Werte und unsere Sicherheit.

Handel braucht Verlässlichkeit. Deshalb muss die neue deutsche Handelsstrategie im engen Austausch mit unseren europäischen Partnern die gemeinsame europäische Handelspolitik stärken und für das Zeitalter einer multipolaren Welt weiterentwickeln. Dafür wollen wir die Kooperation mit neuen Handelspartnern in aller Welt ausbauen und zügig neue Handels- und Rohstoffabkommen schließen. Wir werden außerdem darauf drängen, dass handelspolitische Instrumente konsequent genutzt werden, um europäische Kernindustrien, wie zum Beispiel die Stahlindustrie, vor unfairem Wettbewerb zu schützen.

Wir wissen, dass es viele Vorhaben gibt, die wir gleichzeitig und entschlossen angehen müssen. Wir sind überzeugt, dass wir dies zusammen schaffen können: als Demokratinnen und Demokraten, als Solidargemeinschaft, als Gesellschaft – denn zusammen ist unsere Stärke.